

Gutscheinsystem abschaffen! Bargeld für alle!

Sie mussten heute mit einem Gutschein einkaufen und haben nicht das bekommen, was sie eigentlich wollten? Sie fühlen sich durch diesen Gutschein belästigt, bevormundet oder gar in Ihrer Würde beschnitten? So geht es vielen Flüchtlingen, die in Deutschland leben.

Denn Flüchtlinge in Deutschland erhalten während des Asylverfahrens finanzielle Grundleistungen, die 30 Prozent unter dem gesellschaftlichen Existenzminimum (ALG II) liegen. So sieht es das sogenannte Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) vor. Diese Grundleistungen werden überwiegend in Form von Sachleistungen, Kleidercoupons und Nahrungsmittelgutscheinen erbracht. Das einzige Bargeld, das den Flüchtlingen zusteht (das monatliche „Taschengeld“), beläuft sich auf 20,45 € für Kinder und 40,90 € für Erwachsene. Diese Beträge können nach Willkür des Sozialamtes gekürzt oder ganz gestrichen werden.

Diese Maßnahmen haben unter anderem zur Folge, dass die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Deutschland von vornherein unterbunden wird. Es besteht für Flüchtlinge in Deutschland nicht die Möglichkeit, z.B. mit Freund_innen einen Kaffee zu trinken oder ins Kino zu gehen, geschweige denn eine Anwältin, Telefon oder Tickets für den öffentlichen Verkehr zu bezahlen.

Diesem alltäglichen Wahnsinn sind auch die Flüchtlinge in Hennigsdorf ausgesetzt. Das zuständige Sozialamt Oranienburg versagt auch langjährig hier lebenden Menschen Leistungen in Form von Bargeld. Die Flüchtlinge bekommen Gutscheine ausgestellt, mit denen sie sich lediglich Lebensmittel und Drogerieartikel in wenigen vorbestimmten Geschäften kaufen dürfen.

Weitere Repressionen und Diskriminierungsmaßnahmen

Doch das ist nicht alles. Flüchtlinge in Deutschland (auch hier im Landkreis Oberhavel) sind weiteren staatlichen Repressionen ausgesetzt:

- Flüchtlinge werden in anstaltsähnlichen und isolierten Unterkünften ohne Privatsphäre zwangsuntergebracht.
- Sie dürfen den ihnen zugewiesenen Landkreis (wie etwa Oberhavel) nicht einmal kurzfristig verlassen (das nennt man zynisch „Residenzpflicht“).
- Sie unterliegen einem langjährigen Arbeits- und Ausbildungsverbot.
- Flüchtlinge erhalten nur eine auf das Allernotwendigste beschränkte, minimale medizinische Versorgung.

All diese Maßnahmen schränken Grundrechte von Flüchtlingen ein! Sie verhindern eine Teilnahme am öffentlichen Leben und fördern rassistische Vorurteile.